

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVI 1–2010

LATEINAMERIKANISCHE KRÄFTEVERHÄLTNISSE IM WANDEL

Schwerpunktredaktion: Stefan Pimmer

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 STEFAN PIMMER
Editorial: Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel
- 12 STEFAN PIMMER
Neun Jahre PAN-Regierung in Mexiko: Von der passiven
Revolution zur Krise der Hegemonie
- 42 LUCIO OLIVER
Schattierungen einer progressiven Regierung:
Der erweiterte Staat in Brasilien
- 72 TATIANA PÉREZ RAMÍREZ, JAIME ORTEGA REYNA
Volksaufstand, indigene Revolte und die Konturen eines
national-popularen Projekts in Bolivien
- 101 DIANA GUILLÉN
Auf dem Weg zu einem alternativen Staats- und Gesellschafts-
projekt? Überlegungen zur jüngsten Vergangenheit Ekuadors
- 130 Mónica del Carmen Cerón Díaz
Die Transformation der Kräfteverhältnisse in El Salvador:
Vom Ende des Bürgerkriegs zum Triumph der FMLN
- 153 Rezensionen
- 159 SchwerpunktredakteruInnen und AutorInnen
- 162 Impressum

DIANA GUILLÉN¹

**Auf dem Weg zu einem alternativen Staats- und
Gesellschaftsprojekt? Überlegungen zur jüngsten
Vergangenheit Ekuadors**

Ziel des vorliegenden Textes ist es, einige der Transformationsprozesse zu untersuchen, die den Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert in Ekuador prägten. Das Land gehört neben Peru, Bolivien, Kolumbien und Chile zur Gruppe der Andenländer, was nicht nur seiner geographischen Einordnung dient, sondern auch auf gemeinsame historische Gegebenheiten der Region hinweist. Hervorzuheben ist die bedeutende Präsenz der indigenen Bevölkerung und ihre gleichzeitige Marginalisierung. Obwohl die ökonomischen, sozialen und politischen Herrschaftsstrukturen Ekuadors nicht allein entlang ethnischer Kriterien verlaufen, ist mit ihnen doch ein Großteil der herrschenden Ungleichheit verbunden. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Armutsrate der indigenen Bevölkerung belief sich im Jahr 1998 auf 87 Prozent, in den ländlichen Gebirgszügen sogar auf 96 Prozent, wohingegen die Armutsrate bei der nicht-indigenen Bevölkerung bei 61 Prozent lag. Die extreme Armut betraf allgemein 56 Prozent der indigenen Bevölkerung bzw. 71 Prozent der in den ländlichen Gebirgszügen lebenden Indigenen. Zugleich waren lediglich 25 Prozent der nicht-indigenen Bevölkerung von ihr betroffen (vgl. Hall/Patrinós 2006).

Die Alterität (*alteridad*) der indigenen Bevölkerung wurde jedoch nicht nur durch materielle Unterschiede, sondern durch eine Ideologie ihrer ethnischen Unterlegenheit erzeugt. In Verbindung mit einer für den oligarchisch geprägten Kapitalismus typischen Exklusion verfestigte sich die objektive und subjektive Diskriminierung in kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen. Diese reproduzierten die Subalternität der indigenen Bevölkerung und ließen lange Zeit jegliche emanzipatorischen Bestrebungen derselben scheitern. Gerade am Ende des zwanzigsten Jahr-

hunderts entstanden jedoch soziale Bewegungen, die trotz ihrer Unterschiede gemeinsam das Herrschaftssystem in Frage stellen und Vorschläge zu politischen Alternativen erarbeiten, um gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten auszuweiten und ein anderes Demokratieverständnis anzuregen (vgl. Carrillo 2003). Die ekuadorianische Gesellschaft (er)kennt jedoch nicht immer deren Dynamiken, Verfahren und Organisationsformen, vor allem nicht jene der indigenen Bewegungen und Organisationen, welche den Status quo herausforderten. „Eher im Gegenteil, die Gesellschaft zeigt Furcht gegenüber einem neuen sozialen und politischen Akteur, der lange Zeit herabgewürdigt wurde und der (Staats-)Macht eigentlich immer gleichgültig war“ (Dávalos 2001: 189). Trotzdem spielten die indigenen Bewegungen eine zentrale Rolle bei der Erarbeitung eines gegen-hegemonialen Projektes, das die subalternen Sektoren der Zivilgesellschaft angeregt hatten.

Ich gehe im Folgenden von der Annahme aus, dass die jüngste Vergangenheit Ekuadors vom Bestreben der subalternen AkteurInnen gekennzeichnet ist, den herrschenden Klassen die Macht streitig zu machen. Da die jeweiligen Prozesse noch andauern (auch wenn ich aus methodologischen Gründen lediglich den Zeitraum von 2000 bis 2007 betrachte), wäre es voreilig, von Erfolgen oder Niederlagen zu sprechen. Vielmehr soll versucht werden, die Wesenszüge eines gegen-hegemonialen Projektes der subalternen Gruppen zu identifizieren und im Kontext des erweiterten Staates zu verorten.

1. Einige konzeptuelle Bezugspunkte

Das Entstehen der Politik als differenziertem Raum geht auf ein historisches Phänomen zurück, das der modernen Welt zueigen ist: die Trennung zwischen der staatlichen und der zivilen Sphäre. Vor der Entwicklung des modernen Staates vermischten sich die unterschiedlichen Räume des sozialen Lebens. Das Religiöse kam dem Politischen gleich, das Politische dem Gesellschaftlichen und das Gesellschaftliche dem Juridischen und auch dem Moralischen (vgl. Córdova 1984: 21-24). Der Staat ging schließlich als von der Gesellschaft gesonderte Instanz hervor und schuf sich als Nutznießer des Gewaltmonopols und der Regierungsführung seinen eigenen Raum. Diese Tatsache begründet die methodologische Unterscheidung zwischen zwei bedeutenden Ebenen: der staatlichen und der zivilen. Vor diesem

Hintergrund greift Antonio Gramsci die Marx'sche Trennung zwischen Staat und Gesellschaft auf, die sich wiederum aus Hegels Gedankengut speist. Im spanischen Sprachraum kam es allerdings zu Unklarheiten, da der Marx'sche Begriff der „bürgerlichen“ Gesellschaft oft als *sociedad civil*, also als „zivile“ Gesellschaft übersetzt wurde und damit einen direkten Bezug zur gramscianischen Zivilgesellschaft suggeriert. Letztere unterscheidet sich jedoch grundlegend vom Begriff der bürgerlichen Gesellschaft von Marx und verweist auf unterschiedliche soziale und vor allem politische Phänomene (vgl. Haug 2003).

Die Begriffe der zivilen und politischen Gesellschaft bei Gramsci und ihre Zusammenfassung im integralen Staat zielen darauf ab, eine dichotome Betrachtungsweise zu überwinden, der zufolge beide Konzepte einander gegenüberliegende Pole bilden; die Staatsbildung stellt einen durch Machtzentralisierung räumlich und zeitlich begrenzten Prozess dar, der in Europa von einem neuen Raumverständnis begleitet wurde (Badie/Birnbaum 1983: 79) und Veränderungen in der Verwaltung des Raumes nach sich zog. Von diesem Moment an entstand auf der Staatsebene neben dem Gewaltmonopol auch ein Apparat mit operativen Funktionen, der der Reproduktion des Öffentlichen als ein vom Privaten differenzierter Raum diente (Weber 1984: 1056-1076).

Vor dem Hintergrund dieser Geschichtlichkeit fällt es leichter, gewisse Begriffe zu nuancieren, die oft schematisch betrachtet und als Gegensätze dargestellt werden (Staat-Gesellschaft, politische Gesellschaft-Zivilgesellschaft, öffentlich-privat). Dies ist vor allem bei Analysen von Bedeutung, die allein die im engeren Sinne politischen Prozesse in den Blick nehmen. Sie ergeben jedenfalls nur dann einen Sinn, wenn die dahinter stehenden geschichtlich determinierten sozialen Beziehungen nicht ausgeblendet werden. Die Dynamik Letzterer ließe jeden Versuch scheitern, politische Prozesse für sich und in geschlossenen Formeln zu erklären.

Meines Erachtens ist diese Nuancierung einer der wichtigsten (Erkenntnis-)Beiträge und zugleich eine der größten Herausforderungen, die uns die Auseinandersetzung mit Gramsci hinterlässt. Denn auch wenn es uns als Binsenweisheit erscheint, fördert die Unklarheit in diesem Punkt eine schematische Denkweise, die zunächst die Verschränkung des Sozialen mit dem Politischen ignoriert und sich schließlich zu stark auf eine der beiden Dimensionen konzentriert. Die Idee des vorliegenden Beitrags

ist es somit, Abstrahierungen zu vermeiden, die politische Prozesse mit einem eigenen Leben ausstatten, und fälschlicherweise anzunehmen, dass sie sich autonom und parallel zur Gesellschaft entwickeln, innerhalb derer sie stehen. Dabei soll jedoch zum einen nicht die Möglichkeit bestritten werden, dass das Politische als relativ autonomes gesellschaftliches Aktionsfeld bestimmt werden kann. Daran anschließend wird zum anderen auch nicht aberkannt, dass es sich als eigenes Wissensgebiet etabliert, das sich ständig weiterentwickelt (Zamitiz Gamboa 1999: 89-122).

Aus dieser Perspektive betrachtet bietet das Konzept des erweiterten Staates Anhaltspunkte, um die Komplexität einer sozialen Welt zu interpretieren, in der unterschiedliche und oft gegensätzliche Kräfte zusammenwirken. Um diese herum bilden sich sozial konstruierte Machtstrukturen und -praxen sowie politische Beziehungen, die unterschiedliche Formen annehmen können. Diese hängen sowohl vom Grad der direkten Herrschaft und des Konsenses ab als auch von der Art der Legitimationsquellen, die den Beziehungen zwischen Befehl und Gehorsam zu Eigen sind (vgl. Weber 1984: 170-204, 695-938).

Meines Erachtens ist es von Bedeutung, die Konzepte der Hegemonie und der Legitimität auseinanderzuhalten. Erstere schafft langfristig homogenisierende Auffassungen, Werte, Institutionen und Verhaltensformen. Sie fungiert dabei als Scharnier zwischen der politischen und der Zivilgesellschaft, ohne die Heterogenität der beiden gesellschaftlichen Räume aufzulösen. Die Legitimität hingegen bezieht sich auf die Herstellung gemeinsam geteilter Codes, die als Normen für die Handhabung öffentlicher Angelegenheiten in speziellen Situationen dienen (vgl. Beetham 1991). Der Staat verfügt nur so lange über diese, als er das nötige Akzeptanzniveau aufrechterhält, um seinen Fortbestand ohne den Einsatz von Gewalt zu sichern. Bringt man die kurze Dauer mit der Konjunktur in Verbindung, und wird die lange Frist als Struktur und als Organisation verstanden, die durch eine ausreichend feste Beziehung zwischen den gesellschaftlichen Massen und den jeweiligen Realitäten geprägt ist (Braudel 1982: 60-106), so könnte man davon ausgehen, dass die Hegemonie auf einen strukturellen Kontext verweist, während die Legitimität auf einer konjunkturellen Ebene angesiedelt ist. Dieser Rahmen ermöglicht es, das Konzept des Staates zu erweitern. Der Staat geht folglich über die eigentliche Regierungstätigkeit und

die direkte Herrschaft hinaus und nimmt auch die Hegemonieapparate der Zivilgesellschaft als wesensgleiche Komponente auf.

Das Konzept der Hegemonie findet sich trotz seiner Bedeutung für das gramscianische Denken nur verstreut in dessen Werk. Weder erscheint das Thema im Arbeitsplan des ersten noch des achten seiner Gefängnishefte (vgl. Gramsci 1981, 1984). In Gramscis Aufzeichnungen aus dem Kerker taucht also keine systematische Darstellung des Konzepts auf. Vielmehr nimmt es im Lauf seiner Überlegungen zur Beziehung zwischen Regierenden und Regierten Form an. Wir sehen uns dabei einem polysemischen Hegemoniekonzept gegenüber, das unterschiedliche Interpretationen zulässt. Aus diesem Grund sollte beim Studieren von Gramscis Werk der jeweilige Anwendungszusammenhang des Konzepts berücksichtigt werden (vgl. Pimmer 2010). Ein ähnliches Prinzip könnte hinsichtlich der Auffassungen des erweiterten Staates, der politischen Gesellschaft oder der Zivilgesellschaft angewendet werden. Ganz gleich welchen Grad theoretischer Systematisierung diese erreicht haben, sollte dadurch keine Formel geschaffen werden, um die sozialpolitischen Prozesse in geschlossene Konzepte einzuordnen. Vielmehr zielt das gramscianische Denken darauf ab, die limitierte Betrachtungsweise zu durchbrechen, die sowohl von den vertragstheoretischen und liberalen Konzeptionen aus der Tradition von Hobbes und Locke herrühren als auch von einer aus dem Marxismus abgeleiteten instrumentalistischen Staatsauffassung.

In diesem Zusammenhang – und ohne enzyklopädische Definitionen erstellen zu wollen – verorte ich im Rahmen der folgenden Darstellungen das Konzept des erweiterten Staates in der Verbindung zweier methodologisch voneinander getrennter und geschichtlich ineinander übergreifender Sphären: einerseits der politischen Gesellschaft als ein gesellschaftlicher Raum, in dem die herrschenden Klassen ihr Herrschaftsprojekt mithilfe von Zwang und bürokratischer sowie polizeilich-militärischer Regierungsapparate absichern; andererseits der Zivilgesellschaft, in der hegemoniale Apparate (dazu zählen etwa Kirchen, Schulen, politische Parteien, Gewerkschaften, Zeitschriften und allgemein die Kommunikationsmedien) dahingehend wirken, Ideologien und Weltanschauungen auszuarbeiten und zu verbreiten (vgl. ebd.).

2. Hinter den Kulissen eines gegen-hegemonialen Widerstands

Hegemoniale Beziehungen bleiben stets umkehrbar, solange bestimmte Einzelinteressen vorgeben, die Interessen der Allgemeinheit zu repräsentieren. Letztere kann sich dem Spannungsverhältnis nicht entziehen, das durch diese Widersprüchlichkeit provoziert wird (vgl. Laclau/Mouffe 2004: 12-14). Der Entstehungsprozess von Hegemonie impliziert daher, im Zuge von ständig neu verhandelten sozialen Austauschbeziehungen das Partikulare in ein universelles Bedeutungsfeld umzuwandeln (vgl. Laclau 2001: 10). Auch wenn Laclau den Schwerpunkt hauptsächlich auf die Diskursebene legt – welche im Übrigen fundamental für das Entstehen und die Reproduktion von Hegemonie ist –, sollen hier vor allem die Kräfteverhältnisse in den Blick genommen werden, auf die sich die Machtausübung stützt. So wie sich die Gesellschaft in ständiger Bewegung befindet und gleichzeitig viele ihrer Veränderungsprozesse nur indirekt zum Vorschein kommen, so sind Kontinuität und Wandel im Laufe der Geschichte miteinander verflochten. Die als soziale Konstruktionen verstandenen Strukturen fügen sich in dieses doppelte Spiel ein und entsprechen einerseits der Suche nach Stabilität, andererseits jedoch sehen sie sich Transformationstendenzen ausgesetzt. Außer der kurzen und der langen Dauer im Braudel'schen Sinne gibt es Momente, deren zeitliche Intensität sich durch die Schnelligkeit oder Langsamkeit der sozialen Veränderung und durch die möglichen Kombinationen zwischen diesen beiden Variablen charakterisieren lässt (vgl. Bagú 1981: 106-117).

Die Ereignisse im Jänner 2000, als verschiedene gesellschaftliche Sektoren und Organisationen Ekuadors die Absetzung von Präsident Jamil Mahuad Witt verlangten, zeigt das Aufeinandertreffen verschiedener solcher Momente. Obwohl die Dynamik, auf die vorhin hingewiesen wurde, chronologische Schnitte erschwert, gehe ich davon aus, dass der Sturz Mahuad Witts über einen bloßen Wechsel auf Regierungsebene hinausgeht und eine Neuzusammensetzung der Kräfteverhältnisse widerspiegelt, die es erlaubt, dieses Jahr als Beginn der aktuellen Konjunktur festzulegen. Es handelt sich also um einen fortlaufenden Prozess, innerhalb dessen im Rückblick Wendepunkte im Streit um die Hegemonie ausgemacht werden können. Um die folgenden Reflexionen abzuschließen, habe ich einen dieser Wendepunkte ausgesucht (den Wahlsieg Rafael Correas im November 2006), weil

darin einige der Fäden zusammenlaufen, die in der Folge dargestellt werden sollen.

Im Zeitabschnitt, auf den ich mich beziehe (2000–2007), stechen als erstes die Abnutzungserscheinungen der Reproduktionsmechanismen der ekuadorianischen Staatsgewalt hervor. Wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern (vgl. Favela/Guillén 2009) verschärfte sich eine Krise der Repräsentation. Diese ist auf die mangelnde Fähigkeit der im engeren Sinn politischen Gruppierungen (einschließlich der politischen Parteien) zurückzuführen, ihre Artikulationsfunktion zwischen der zivilen und der politischen Gesellschaft wahrzunehmen. Infolgedessen kam es zu Mobilisierungen, zu deren Zielen auch der Aufbau neuer Formen der gesellschaftlichen Organisation zählt. Letztere umfassten nicht nur alternative Wirtschaftsformen zum freien Markt, sondern auch die Veränderung der staatlichen Institutionen. Darin drückt sich nicht etwa eine Ablehnung gegenüber der Politik an sich aus, sondern vielmehr eine Erweiterung des politischen Raums im Vergleich zur liberalen Auffassung, die den Staat strikt von der Gesellschaft unterscheidet (vgl. Santos 2001).

Diese Ermächtigung (*empoderamiento*) der Gesellschaft hängt damit zusammen, dass die gesellschaftliche Sphäre durch eine Vielzahl von Akteu-
rInnen im Begriff ist, sich als legitime Hüterin der kollektiven Rechte zu verstehen (Favela/Guillén 2009). Hierbei handelt es sich, wie erwähnt, um eine Tendenz, die sich über die gesamte Region erstreckt. In Ecuador war ihr unmittelbarer Vorbote im Jahre 1996 die Tatsache, dass sich der Kongress inmitten zahlreicher Proteste und Demonstrationen entschloss, den Präsidenten Abdalá Bucaram nur ein Jahr nach seiner Wahl wegen „geistigen Unvermögens“ abzusetzen (vgl. Andrade 2006: 167). Ausgangspunkt für die Verschärfung einer sozialen Krise, die weitere Umgestaltungen auf Exekutivebene herbeiführte, war die Ernennung Fabián Alarcóns (der zuvor dem Kongress angehört hatte) als Interimspräsident, obwohl der Verfassung nach Vizepräsidentin Rosalía Arteaga das Amt zugestanden wäre (vgl. Espinosa 1997).

Die Einberufung einer nationalen verfassunggebenden Versammlung im Jahr 1998 muss vor diesem Hintergrund betrachtet werden (vgl. Bermejillo 1998). Die vorgenommenen Verfassungsänderungen setzten sich über die Interessen der einfachen Bevölkerung hinweg und entsprachen dem existierenden Kräfteverhältnis zugunsten der dominanten Gesellschaftssek-

toren. Dies spiegelte sich bereits in der Zusammensetzung der Versammlung wider und drückte sich in Richtlinien neoliberaler Prägung aus, die zu neuen sozialen Spannungen führten und zur Zuspitzung der bereits existierenden Wirtschaftskrise beitrugen. Die Regierung Mahuad Witt, die im selben Jahr gewählt wurde, war von einer Konfliktivität geprägt, die durch die Umsetzung von Politikprogrammen mit hohen sozialen Kosten hervorgerufen wurde. Im Jahr 1999 wurde von einigen zivilgesellschaftlichen Sektoren ein 48-stündiger nationaler Streik ausgerufen, worauf die Regierung mit einer vorbeugenden Militarisierung des Landes antwortete (vgl. Biffi 1999). Die Konfrontation zwischen den aufständischen Organisationen und Bewegungen und der Regierung blieb jedoch bestehen, und im Jänner 2001 verlangten mehrere gesellschaftliche Sektoren und Organisationen die Absetzung des Präsidenten. Zur gleichen Zeit kündigte die Konföderation indigener Nationalitäten Ekuadors (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador, CONAIE) einen landesweiten Protest an und verlangte die Einsetzung einer „Regierung der nationalen Befreiung“ (La Jornada 2000).

In der letzten Dekade des zwanzigsten Jahrhunderts nahm die CONAIE eine federführende Rolle bei den Protesten ein, die sich in der ekuadorianischen Gesellschaft ereigneten. Ausgehend vom indigenen Aufstand im Mai 1990 verbreitete sich auf politischer Ebene ein Diskurs, der die Debatten über die plurinationale Identität und den Charakter des Staates aufnahm. Die CONAIE war jene politische Akteurin, die diese speziellen Forderungen mit anderen subalternen Ansprüchen an die Regierung artikuliert (vgl. Dávalos 2000). Sowohl auf die mangelnde Organisiertheit der Proteste vertrauend als auch auf die staatlichen Fähigkeiten, das Gewaltmonopol auszuüben (so verstehe ich die Ausrufung des Ausnahmezustands), ignorierte Jamil Mahuad Witt die Forderungen der Protestbewegung und verkündete Anfang Jänner 2000 unter anderem die Dollarisierung der Wirtschaft (in eineinhalb Jahren seiner Regierungsführung verlor der Sucre um 500 Prozent gegenüber dem Dollar an Wert und allein in den ersten Januartagen wurde er um 20 Prozent abgewertet), die Ausweitung der Privatisierungsmaßnahmen (auf den Energie- und Telekommunikationssektor sowie das Sozialversicherungssystem) und die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse (vgl. ANSA 2000). Die Einschätzung der Regierung ließ jedoch unberücksichtigt, dass zur Mobilisierungsfähigkeit einiger Organisationen

auch noch die Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung hinzukam. Den Ergebnissen der jährlich durchgeführten Meinungsumfragen über die Lebensbedingungen entsprechend, die zwei Monate später veröffentlicht wurden, befanden sich 69 % der Haushalte in Armut und 34 % in extremer Armut; gleichzeitig verringerte sich zwischen den Jahren 1995 und 1999 das Einkommen der untersten Einkommensschichten von monatlich 166,- auf 86,- US-Dollar (vgl. Instituto Nacional de Estadísticas y Censos 1999). Auch wenn zu diesem Zeitpunkt noch kein gegen-hegemoniales Projekt seitens der subalternen Kräfte konsolidiert werden konnte, bestand jedoch bereits ein fruchtbarer Boden dafür.

Mitte Jänner 2000 belagerte die CONAIE gemeinsam mit anderen indigenen Organisationen und einer Gruppe von Obersten aus der Armee den Kongress. Einige Tage später nahmen sie das Gebäude ein und verlautbarten einen Aufruf zur Absetzung des Präsidenten, der Kongressabgeordneten und der Richter des Obersten Gerichtshofs. Die neu gegründete Junta der Nationalen Befreiung (Junta de Salvación Nacional), die sich aus Oberst Lucio Gutiérrez, Antonio Vargas (dem Präsidenten der CONAIE) und dem ehemaligen Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, Carlos Solórzano, zusammensetzte, verfügte jedoch nicht über den notwendigen Rückhalt in Form eines politischen Projekts. Sie besaß ebenso wenig die soziale Kraft, um sich als parallele Macht neben den offiziellen Institutionen zu behaupten oder sie mittels einer Revolte zu stürzen. Die Junta zwang jedoch Mahuad Witt, den Präsidentenpalast zu verlassen, woraufhin Vizepräsident Gustavo Noboa das Amt des Präsidenten übernahm (vgl. Steinsleger 2000).

Die Koalition zwischen den Indigenen und dem Militär erscheint auf den ersten Blick ungewöhnlich. Rückblickend betrachtet zeugt sie von der Unterstützung, die mittleren Rängen der Streitkräfte seitens einer mächtigen und aufsteigenden Bewegung zuteil wurde, die jedoch noch nicht über die notwendige Bestimmtheit und Kraft verfügte. Das Bündnis dieser Bewegung mit den Streitkräften führe ich auf die konjunkturellen Rahmenbedingungen zurück, im Gegensatz zu jenen, die dahinter ideologische Übereinstimmungen sehen: „So war die Koalition zwischen den Militärs und den Indigenen kein zufälliges Zusammentreffen, sondern stützte sich, wenn auch auf unterschiedliche Weise, auf tiefere Affinitäten, wie etwa der Ablehnung gegenüber den extremen Auswirkungen des neoliberalen Modells und

der Empathie gegenüber nationalistischen Bestrebungen und Interessen“ (León Galarza 2009: 66).

Die Verbindung zwischen Indigenen und der Armee löste einen sozialen Aufruhr aus, der sich anfangs auf die Befreiung des nach dem erfolglosen Putschversuch festgenommenen Oberst Lucio Gutiérrez konzentrierte und die fast dreijährige Amtsperiode von Präsident Gustavo Noboa prägte. Den Forderungen nach einer Amnestie für die Aufständischen, die während der Proteste festgenommen worden waren, wurde fast unverzüglich nachgekommen. Dies war jedoch nicht der Fall hinsichtlich der Forderungen der Angestellten der ecuadorianischen Sozialversicherung (Instituto Ecuatoriano de Seguridad Social, IESS), die in Guayaquil, Quito und Cuenca gegen die prekären Lebensumstände und Arbeitsbedingungen auf die Straße gingen. Ihre Anliegen bezogen sich auf strukturelle Probleme, deren Lösung innerhalb der vorherrschenden Paradigmen kaum in Aussicht stand.

Ohne die strukturellen Rahmenbedingungen jedoch auch nur anzutasten, unterzeichnete die Regierung in Antwort auf die soziale Unzufriedenheit ein neuerliches Abkommen mit dem Internationalen Währungsfond, das einen Preisanstieg der Treibstoffe um 90 %, von Gas für den privaten Gebrauch um 40 % und auch der Stromversorgung vorsah. In der Folge kündigten die CONAIE, die Koordinationsstelle Sozialer Bewegungen (Coordinadora de Movimientos Sociales, CMS), die Nationale Lehrervereinigung (Unión Nacional de Educadores, UNE) und die Einheitsfront der ArbeiterInnen (Frente Unitario de Trabajadores, FUT) einen Volksaufstand mit landesweiter Mobilisierung an, sowohl gegen die Wirtschaftsmaßnahmen als auch gegen das Trole-II-Gesetz (Ley Trole II, das unter anderem auf eine verstärkte Beteiligung privaten Kapitals im Bereich des Transports, der Verarbeitung, Lagerung und der Vermarktung von Erdöl- und Erdgas abzielte), ebenso gegen eine mögliche Teilnahme Ekuadors am Plan Colombia, die Nutzung des Militärstützpunktes von Manta seitens der USA, die Dollarisierung und das fünfjährige Einfrieren der Treibstoffe (vgl. OSAL 2000; Mosquera 2000).

Nach einem ergebnislosen Dialog zwischen den inkonformen Sektoren und der Regierung begann das Jahr 2001 mit der Implementierung eines Wirtschaftspaketes, das die Benzinpreise um 25 %, den Gaspreis für den privaten Gebrauch um 100 % und die Preise des öffentlichen Transportwesens um 75 % anhob. Die CMS und die Pachacutik-Bewegung (Movi-

miento Pachacutik, PK) versuchten auf legalem Weg, die Preiserhöhungen für Treibstoffe und Gas für den privaten Gebrauch anzufechten. Sie wiesen darauf hin, dass diese gegen die Verfassung verstoßen würden (vgl. OSAL 2001). Zusätzlich zu den Versuchen, gegen die Preiserhöhungen auf institutioneller Ebene vorzugehen, setzte man auch darauf, einen Raum zu schaffen, in dem die Proteste zusammenlaufen und sich radikalisieren konnten: die CONAIE, die FUT, die CMS, die Patriotische Front (Frente Patriótico), die Volksfront (Frente Popular), das Bündnis der Kichwa-Völker Ekuadors (Confederación de Pueblos de la Nacionalidad Kichwa del Ecuador, ECUARUNARI), der StudentInnenverband Ekuadors (Federación de Estudiantes Universitarios de Ecuador, FEUE), der ekuadorianische Verband der SchülerInnen weiterführender Schulen (Federación de Estudiantes Secundarios de Ecuador, FESE), die UNE und die allgemeine Arbeitervereinigung Ekuadors (Unión General de Trabajadores del Ecuador, UGTE) beriefen eine Vereinigte Volksversammlung (Asamblea Unitaria de los Pueblos) ein (vgl. Hernández Garibay 2001). Die Gefangennahme einiger AnführerInnen der Protestbewegung unter dem Vorwand der „vorbeugenden Staatssicherheit“ stellte einen eindeutigen Versuch dar, die Bewegung zu kriminalisieren, um sie dadurch zu zerschlagen (vgl. REUTERS 2001). Dieser Versuch blieb jedoch erfolglos. Die Regierung reagierte angesichts der anhaltenden massiven Mobilisierungen der bäuerlichen und indigenen Bevölkerung mit einem Verbot der Protestmärsche, Versammlungen und Demonstrationen sowie jeglicher Maßnahmen, die die öffentliche Grundversorgung behinderten.

Diese erneute Verhängung des Ausnahmezustands Anfang Februar 2001 zeigt die Abnutzungserscheinungen einer Hegemonie, die durch Tatsachen und Aktionen immer mehr in Frage gestellt wurde. Dies darf jedoch nicht als ihr Zusammenbruch ausgelegt werden, da eine Herrschaftsstruktur weder von heute auf morgen entstehen noch zerstört werden kann. Durch ihren strukturellen Charakter sind die Reproduktionsprozesse, die sie am Leben halten oder die schließlich alternativen Modellen den Weg bereiten, in langfristiger Perspektive zu betrachten. Ein Beispiel dafür bietet das Abkommen, das am 7. Februar 2001 zwischen der Regierung und verschiedenen sozialen Organisationen getroffen wurde, um ein Jahr lang die Preise für Treibstoff einzufrieren, jene von Gas für den Eigenverbrauch zu reduzieren, die Tarife des nationalen und lokalen Transportwesens zu überprüfen,

die während der Aufstände festgenommenen Personen frei zu lassen und die Familien der Verstorbenen oder Verletzten zu entschädigen (vgl. AFP/AP/REUTERS 2001; Inchalá 2001). Zu den daran beteiligten Organisationen gehörten die CONAIE, der Bund Evangelischer Indigener Ekuadors (Federación de Indígenas Evangélicos del Ecuador, FEINE), die Nationale Vereinigung der Bauern- und Indigenenorganisationen Ekuadors (Federación Nacional de Organizaciones Campesinas e Indígenas del Ecuador, FENOCIN), die Ekuadorianische Indigenenvereinigung (Federación Ecuatoriana de Indios, FEI), die Nationale Vereinigung Freier Bauern Ekuadors (Federación Nacional de Campesinos Libres del Ecuador, FENACLE) und der CONFEUNASSC.

Dieses Abkommen zwischen der Regierung und den aufständischen Bewegungen und Organisationen spiegelt die aktuellen Kräfteverhältnisse in den Auseinandersetzungen um die neoliberale Regierungspolitik wider. Es zeigt auch die ersten Konturen eines gegen-hegemonialen Projekts seitens der indigenen und bäuerlichen Bevölkerung, das ihre eigene subalterne Position und die Hegemonie der wirtschaftlichen und politischen Eliten des Landes in Frage stellt. Dennoch würde ich den bisher dargestellten Aufständen und Protesten eher einen Widerstandscharakter zusprechen. Auch wenn einige von ihnen bestimmte Erfolge erzielten und bereits getroffene Regierungsentscheidungen rückgängig machen konnten, waren sie dennoch nicht durch eine Strategie miteinander verbunden, die eine Ausstrahlungskraft auf andere gesellschaftliche Sektoren zum Ziel hatte oder versuchte, diese in das eigene politische Projekt mit einzubinden. Die eben dargestellten Ereignisse sind in diesem Sinn als gegen-hegemoniale Konstruktionsprozesse zu betrachten, die zumindest bis 2002 die Herrschaftsbeziehungen des Landes zwar nicht ausschlaggebend verändern konnten, aber dennoch zu einer Kräfteakkumulation der subalternen gesellschaftlichen Sektoren beitrugen und damit die Grundlage für die folgenden Ereignisse bis hin zum Regierungsantritt von Rafael Correa bildeten. Das neoliberale Projekt stellte dabei den gemeinsamen Feind dar, der die unterschiedlichen und heterogenen Protestbewegungen und Organisationen in Märschen und Streiks zusammenbrachte und die Herausbildung einer gemeinsamen Identität förderte. Die Proteste gegen das neoliberale Regierungsprojekt waren jedoch in der Regel durch einen reaktiven Charakter gekennzeichnet. In diesem Sinn gehe ich davon aus, dass die aufständischen Sektoren in der zivilen und

politischen Gesellschaft passive AkteurInnen waren, dass sich also ihre Aufstände und Mobilisierungen in erster Linie aus einer Abwehrhaltung gegenüber der neoliberalen Regierungspolitik erklärten und (noch) nicht auf die Entwicklung eines eigenen politischen Projektes mit hegemonialer Ausstrahlungskraft abzielten. Abgesehen davon, wie radikal ihre Handlungen waren oder welche relativen Erfolge sie dadurch erzielen konnten: die EkuadorianerInnen, die schließlich auf die Straße gingen, das gesamte Land anhielten und sogar einen Präsidenten stürzten, taten dies aus einer passiven Grundhaltung heraus. Im besten Fall trug dies dazu bei, den eingesteckten Schlägen entgegenzuhalten und die Basis für eine Neuausrichtung der Ziele und der Reichweite der Volkskämpfe zu legen.

3. Die bestehenden Institutionen übernehmen oder neue gründen?

Soziale Protestformen sind in sich selbst weder reaktiv noch proaktiv. Ihr eigentlicher Sinn hängt vielmehr von der Existenz eines hegemonialen Projekts ab, das eine universalisierende Ausrichtung aufweisen muss, um die eigenen Interessen und Überzeugungen als Referenzrahmen für andere gesellschaftliche Gruppen und Klassen zu etablieren. In dieser Hinsicht charakterisiere ich den Zeitraum von 2000 bis 2007 trotz der intensiven sozialen Aufstände als defensive Neuausrichtung derjenigen Sektoren, die ein Projekt partizipativer Demokratie vorantreiben. Dieses Projekt zeichnet sich nicht so sehr durch einen kohärenten und homogenen Diskurs oder durch die Etablierung von Praxisformen oder Institutionen aus. Es entsteht vielmehr als Folge der sozialen Kämpfe im lateinamerikanischen Raum, die in der Tat die Diskurse, Praktiken und Institutionen der repräsentativen Demokratie in Frage stellen konnten (Dagnino et al. 2006). Die Kombination dreier tief greifender Prozesse – (1) der faktischen Konsolidierung der repräsentativen Demokratie, (2) der tiefen Unzufriedenheit in Anbetracht der geringen Erfolge derselben in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, Regierungseffizienz und politische Integration und (3) der Experimente direkter und partizipativer Demokratie sowie einer Ausweitung der politischen Mitbestimmung und der staatsbürgerlichen Rechte – hat die Umsetzbarkeit dieses demokratischen Projekts aufgezeigt (ebd.), das jedoch

nur im Rahmen gegen-hegemonialer Bestrebungen seitens der subalternen Gruppen und Klassen konsolidiert werden kann.

Dies ist meines Erachtens der Hintergrund der jüngsten Vergangenheit Ekuadors. Der Gefahren bewusst, die ein Blick in eine noch nicht abgeschlossene Vergangenheit impliziert (Dutrénit Bielous 2007), wage ich zu behaupten, dass die Kämpfe eines breiten Spektrums sozialer Sektoren auf deren Bestrebungen hinweisen, ihre subalterne Position und damit zugleich die Hegemonie der wirtschaftlichen und politischen Eliten des Landes in Frage zu stellen. Auf diesem Weg voranzuschreiten bedeutet jedoch auch, über den bloßen Widerstand gegen eine extreme Prekarisierung hinauszugehen. Weite Teile der Bevölkerung wurden sich jedenfalls der strukturellen Grenzen bewusst, mit denen sich ihre Forderungen konfrontiert sahen. Dies legt den Schluss nahe, dass zwischen 2003 und 2007 die vormalige defensive und abwehrende Haltung gegenüber dem neoliberalen Regierungsprojekt einem neuen Moment der sozialen Kämpfe Platz machte: der Konstruktion eines alternativen Staats- und Gesellschaftsprojekts.

Der Sieg von Lucio Gutiérrez bei den Präsidentschaftswahlen Ende 2002 signalisierte den Aufschwung der gegen-hegemonialen Bewegungen, deren Grenzen durch ihren nicht-organischen und defensiven Charakter in Bezug auf die soziale Mobilisierung allerdings sehr bald deutlich wurden. Mit Unterstützung der Partei Sociedad Patriótica 21 de Enero (SP) gewann Gutiérrez die Präsidentschaftswahlen gegen den Kandidaten der rechtskonservativen Kräfte Álvaro Noboa. Dabei handelte es sich um einen wichtigen Sieg, hinter dem unter anderem die Absicht stand, die aufständischen Bewegungen und Organisationen aus dem Jahr 2000 in institutionelle Bahnen zu lenken. Die Schwäche des Blocks, der die gegen-hegemonialen Kräfte vereinigte, kam jedoch schon bald zum Vorschein. Im Jänner 2003, nur wenige Tage nach Amtsantritt von Lucio Gutiérrez, wurde auf dem staatlichen TV-Sender ein wirtschaftliches Maßnahmenpaket angekündigt, das eine Erhöhung der Treibstoffpreise um etwa 35 %, die Senkung der Angestelltengehälter mit einem Gehalt über 1000,- US-Dollar um 20 % und die Einfrierung der öffentlichen Ausgaben beinhaltete – dieselben Maßnahmen also, gegen die man die ganze Zeit gekämpft hatte (americaeconomica 2003a). Die Abmachung zwischen der Regierung und den Anführern der PK bzw. der CONAIE sollte die Beteiligung der sozialen Bewegungen an der Entscheidungsfindung sowie die Beibehaltung der Gaspreise für den

privaten Gebrauch garantieren. Dies hinderte jedoch den Präsidenten im Juni 2003 nicht daran, die Einrichtungen von Petroecuador militärisch besetzen zu lassen. Damit wollte er einem partiellen Streik der ArbeiterInnenschaft, die seit Anfang Juni die Rücknahme der Privatisierungsmaßnahmen von fünf Ölvorkommen im Amazonas forderten, entgegenwirken. Er hielt auch den Energieminister nicht davon ab, den Streikenden mit einer Kündigung ohne Abfindung zu drohen, woraufhin die Angestellten der Erdöl- und Elektrizitätswerke gemeinsam mit der FENOCIN und anderen gesellschaftlichen Gruppen in Quito einen Protestmarsch organisierten und dabei auch eine Gruppe von Lehrenden unterstützen, die ihren Forderungen nach pünktlichen Gehaltszahlungen mit einem Hungerstreik Nachdruck verliehen (americaeconomica 2003b; BBC Mundo 2003).

In Anbetracht dieser Situation stand die Spaltung des regierenden Blocks unmittelbar bevor. Der stellvertretende Regierungssekretär (*subsecretario de gobierno*), selbst Mitglied der PK, trat von seinem Amt zurück, und zwei Monate später endete die Allianz zwischen PK und SP. Dies hatte nicht nur eine Umstrukturierung des Kabinetts zur Folge, sondern resultierte auch in der parlamentarischen Opposition der PK gegen die Regierungsvorhaben im Kongress. Die PK bezichtigte schließlich Präsident Gutiérrez als „Verräter“ an der Sache, die ihn selbst in dieses Amt befördert hatte. Im Grunde spiegelten die Brüche im Regierungsapparat die in der Zivilgesellschaft existierenden Konfliktlinien wieder. So kam es beispielsweise dazu, dass sich an einem Tag Tausende von Menschen aus Gewerkschaften, Dachverbänden und vielen anderen sozialen Gruppierungen zu einer nationalen Protestkundgebung zusammenfanden, Veränderungen in der Regierung und in der Erdöl-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik einforderten und sich gegen den IWF, Privatisierungsmaßnahmen, den US-Militärstützpunkt von Manta, den Plan Colombia, den Freihandelsvertrag mit den USA (TLC) und die Gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA) aussprachen. Nur einen Tag später wiederum unterstützten Tausende von Menschen Lucio Gutiérrez im so genannten Marsch der Freiheit (*Marcha de la Libertad*). Dabei behaupteten allerdings nicht wenige der TeilnehmerInnen, vom Veranstalter des Protestmarsches, dem Schwager des Präsidenten, gezwungen worden zu sein.

Ende 2003 organisierte die UNE Kundgebungen, um von der Regierung eine Anhebung des Mindestlohns und der Bildungsausgaben zu

verlangen. Die Aktionen der Lehrerschaft wurden auch durch andere soziale Organisationen unterstützt und führten zu Besetzungen von Brücken und Straßen, kurzfristigen Blockaden und Märschen. Angesichts dieser Proteste sah sich die Regierung zu Verhandlungen mit der aufständischen Lehrerschaft gezwungen, die aufgrund finanzieller Zugeständnisse schließlich die Straßensperren wieder aufhob.

Auch die Geschehnisse im Jahr 2004 wiesen auf die immer tiefer werdende Kluft innerhalb des gegen-hegemonialen Blocks hin, der 2002 den Wahlsieg von Lucio Gutiérrez ermöglicht hatte. Die mangelnde Organisation und der mangelnde Zusammenhalt des Blocks der subalternen Gruppen erlaubten es dem Präsidenten, jene Forderungen zu umgehen, die es einst ermöglicht hatten, eine in vielerlei Hinsicht heterogene Bewegung zusammenzuführen. Aufgrund der Widersprüche, die aus dieser Heterogenität hervorgingen, und dem Verlust des Zusammenhaltes endeten die ehemaligen Verbündeten schließlich als erbitterte Feinde. Im Februar 2004 kündigte die CONAIE ihre geschlossene Opposition gegenüber der Regierung an und leitete eine Etappe ununterbrochener Mobilisierungen ein. Unterstützt durch indigene, politische und gewerkschaftliche Organisationen wie auch durch Universitätsbedienstete und ArbeiterInnen aus dem Elektrizitätssektor, führte sie im ganzen Land Demonstrationen durch. Dabei bezog sie sich auf die Souveränität und die Würde des Volkes und sprach sich sowohl gegen Verhandlungen über eine gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA) aus als auch gegen die Privatisierung der Erdölfelder und der Strom- und Telekommunikationsunternehmen. Neben Demonstrationen gehörten auch Verkehrsunterbrechungen auf der Schnellstraße Panamericana und Blockaden bzw. Schließungen von Verkehrswegen in einigen Provinzen zum Aktionsrepertoire. Diese Protestmaßnahmen wurden seitens des Staates mit dem Einsatz von Polizeigewalt beantwortet und hatten einen Toten, drei Verletzte und zwei von Bauern festgehaltene Soldaten zum Ergebnis (AFP 2004).

Mitte des Jahres 2004 hatte sich die Lage nicht verändert, und bei den Protesten in Quito (wie etwa beim Marsch der Einheit, „Marcha de la Unidad“) und in anderen Landesteilen wurden die Forderungen nach einem Rücktritt von Gutiérrez immer lauter. Die lokalen Wahlen im Oktober desselben Jahres, bei denen Bürgermeister (*alcaldes*), Provinzgouverneure (*prefectos provinciales*), Gemeinderäte (*concejales municipales*), Provinzräte

(*consejeros provinciales*) und Mitglieder der Kirchengemeinden (*miembros de juntas parroquiales*) gewählt wurden, gaben diese Stimmung wieder. Die zirka 8,5 Millionen Wählerinnen und Wähler, die zu den Urnen gingen, gaben den beiden stärksten Kräften der Opposition, der Christlich-Sozialen Partei (Partido Social Cristiano) und der Demokratischen Linken (Izquierda Democrática), den Vorzug. Nur fünf Prozent hingegen stimmten für die amtierende Partei, gerade genug, um nicht aus dem Wahlregister ausgeschlossen zu werden.

Im Jahr 2005 blieb das politische Bild dasselbe wie im Jahr zuvor. Die wachsende Abneigung gegen Gutiérrez kanalisierte sich sogar in Forderungen, die zwar auch für die aufständischen Bewegungen und Organisationen legitim und wünschenswert sind, jedoch im Allgemeinen von den rechtskonservativen Kräften vereinnahmt und eingefordert werden. Das Thema der sozialen Sicherheit etwa mobilisierte 100.000 Menschen im so genannten Weißen Marsch (Marcha Blanca), der vom Bürgermeister von Guayaquil gegen den Präsidenten organisiert wurde. Achttausend PräsidentschaftsanhängerInnen wiederum versammelten sich zur Gegenveranstaltung und kritisierten die Amtsführung des Bürgermeisters (Analítica 2005). In der Hauptstadt Quito war eine andere politische Institution federführend bei den Protesten gegen die Regierung. Hier rief das Stadtparlament von Quito (Asamblea de Quito) zum Marsch für die Demokratie auf, zu dem sich zirka 150.000 Menschen (unter anderem BäuerInnen, Indigene, PensionistInnen, Studierende, Angehörige von Nichtregierungsorganisationen, MenschenrechtsaktivistInnen und PolitikerInnen der ID und der PK) einfanden. Und erneut konnte die Gegenveranstaltung zur Verteidigung der Regierung mit 20.000 DemonstrantInnen nur eine wesentlich kleinere Zahl mobilisieren (Ecuadorinmediato 2005a; López 2005).

Als Folge der zunehmenden öffentlichen Ablehnung des Präsidenten und des Abbruchs seiner Verbindungen zur Gesellschaft wurde der Regierungspalast mit Stacheldraht umzäunt und die angrenzenden Straßen von Tausenden von Polizisten und Soldaten bewacht. Die Opposition in Quito verkündete eine unbefristete Protestperiode, worauf die Regierung mit der Entlassung der Richter des Obersten Gerichtshofs und der Ausrufung des Ausnahmezustands im städtischen Distrikt von Quito antwortete (Castro 2005; El Universal 2005a, 2005b). Am 20. April 2005, nur wenige Tage nach dem Beginn der Proteste, verließ Gutiérrez im Hubschrauber den Präsi-

dentepalast, nachdem eine Mehrheit von sechzig Abgeordneten ihn des Amtes enthoben hatte. Stunden später entzogen ihm auch die Streitkräfte ihre Unterstützung und versicherten, im Namen des Vaterlands und für den Frieden zu handeln. Alfredo Palacio, der bis dahin Vizepräsident gewesen war, übernahm offiziell die Regierungsgeschäfte. Dieser Wechsel an der Regierungsspitze veränderte jedoch das Szenario nicht, und die Widersprüche zwischen einer großen Anzahl an sozialen Organisationen und der Regierung sowie innerhalb Letzterer blieben bestehen. Im August desselben Jahres kündigte Wirtschaftsminister Rafael Correa seinen Rücktritt an, da die Weltbank es abgelehnt hatte, Ecuador einen Kredit von 100 Millionen US-Dollar für die Finanzierung des Haushaltsplans zu verleihen. Weiters wurden die Verhandlungen über die ALCA und den Freihandelsvertrag mit den USA von zahlreichen sozialen Organisationen abgelehnt (BBC Mundo 2005). Die gesellschaftliche Reaktion folgte auf der Stelle: In einer Protestkundgebung symbolischen Gehalts fanden sich Hunderte Menschen, ausgestattet mit Schildern, Töpfen, Fackeln, Kerzen und Spruchbändern, auf den Straßen der Hauptstadt ein. Sie demonstrierten dagegen, dass der Präsident dem Druck der USA, der multilateralen Institutionen und der Ölmultis nachgegeben und den Rücktritt von Correa akzeptiert hatte. Des Weiteren bildete sich eine Kolonne von Fahrzeugen, mit denen in der Nähe des Regierungspalastes die Proteste durch ein Hupkonzert zum Ausdruck gebracht wurden (EFE et al. 2005; El Porvenir 2005).

Von Bedeutung scheint mir dabei, dass sich die DemonstrantInnen den Spottnamen „Verbrecher“ (*forajidos*) zu Eigen machten, mit dem sie selbst von Lucio Gutiérrez herabgewürdigt worden waren. „Wir sind alle Verbrecher“ (*todos somos forajidos*), lautete eine der beliebtesten Parolen der Aufständischen. Die Aneignung dieses Spottnamens sowie dessen Einbindung in den Diskurs der Proteste stellt meines Erachtens einen Hinweis auf diesen langsamen und unscheinbaren und daher schwierig nachzuvollziehenden Übergang dar, der die Subalternität allmählich als verbindendes Element und vor allem als Referenzpunkt für die Entwicklung eines gegenhegemonialen Projektes konstituiert. Es deutet auf einen Prozess hin, der mit der Herausbildung einer subalternen Gegen-Öffentlichkeit einhergeht, also der Entwicklung von alternativen Diskursen und Interpretationen der eigenen Identitäten, Interessen und Bedürfnisse, die sich gegen die hegemonialen Auffassungen der herrschenden Klassen stellen (Fraser 1999).

Aus dieser Perspektive zeigt die Resignifikation bzw. die positive Konnotation eines Substantivs, das ursprünglich zur Herabwürdigung eingesetzt wurde, einen Fortschritt in Sachen positiver Selbstbestätigung, auch wenn die Subalternität, die hier auf der Grundlage der gegen-hegemonialen Aktionen identifiziert wurde, noch weit davon entfernt ist, einen organischen Block zu bilden.

Fakt ist, dass die sozialen Unruhen weiter anstiegen und in den letzten Monaten des Jahres 2005 zu den gewerkschaftlichen Protesten (im September legten beispielsweise Angehörige des Gesundheitssektors im ganzen Land für 48 Stunden ihre Arbeit nieder) viele weitere hinzukamen: Bauern-, LehrerInnen- und Studierendenorganisationen blockierten Verkehrswege und forderten die Zahlung der Bauernversicherung (Seguro Campesino), die Lösung der Arbeitskonflikte, die Ausweisung der US-amerikanischen Erdölfirma Petroleo Occidental (OXY) und eine Volksabstimmung über den Freihandelsvertrag mit den USA. Zudem kam es zu einem Marsch von Indigenen aus dem gesamten Land, die – begleitet von politischen AktivistInnen und StudentInnen – gegen den Besuch des kolumbianischen Präsidenten demonstrierten und zudem den Plan Colombia und die Drogenanbaubekämpfung mit Flugzeugen ablehnten. Schließlich forderten sie auch die Ausrufung einer verfassunggebenden Versammlung, die mit vollen Machtbefugnissen ausgestattet sein sollte (Ecuadorinmediato 2005b; El Universal 2005c).

Auch im Jahr 2006 wurden die Aufstände mit unverminderter Intensität fortgeführt. Von Beginn an erfolgten Mobilisierungen im ganzen Land, um das Freihandelsabkommen zu verhindern und auf eine Vertragskündigung mit dem US-amerikanischen Erdölunternehmen OXY zu drängen. In Quito führte die Patriotische Front für die Erdölsouveränität (Frente Patriótico por la Soberanía Petrolera) einen Marsch mit diesen Forderungen durch. Gleichzeitig nahmen Erdölgewerkschaften wie auch Bauern-, StudentInnen- und LehrerInnenorganisationen in anderen Teilen des Landes Straßen ein oder blockierten wichtige Verkehrswege (darunter die Schnellstraße Panamericana), worauf die Regierung mit Repression antwortete, die auch die Kommunikationsmedien betraf (Vinueza 2006). Trotz der intensiven Auseinandersetzungen mit den Kräften der staatlichen Sicherheit hielten die Proteste der aufständischen Bewegungen gegenüber der Regie-

rung stand. Im März kam es etwa zu einer Reihe von nationalen Streiks mit den bereits genannten Forderungen.

In Anbetracht dieser Proteste warf Palacio den oppositionellen Organisationen vor, das Land zu destabilisieren, und versicherte, dass er den Forderungen nicht nachgeben würde. Die Antwort der Protestbewegung war bezeichnend für den Übergang zu einer neuen Phase der Kämpfe. Diese lässt sich meines Erachtens nicht so sehr aus der Anzahl und der Größe der Proteste ablesen – die im Übrigen auch einen Indikator für die gewonnene Stärke darstellen –, sondern in der proaktiven Haltung der DemonstrantInnen, die sich abzuzeichnen begann: Falls die Verhandlungen mit den USA über die Unterzeichnung eines Freihandelsvertrags nicht eingestellt würden, „wird der Präsident nach Hause gehen“, lautete die Losung der Proteste.

In weniger als zehn Jahren zeigte sich die neu gewonnene Stärke der Zivilgesellschaft in der Absetzung von zwei Präsidenten. Diese Tatsache verweist auf eine Neudefinition des Öffentlichen: Der Druck seitens der Zivilgesellschaft wurde in Entscheidungsfindungsprozesse miteinbezogen, die normalerweise auf die politische Gesellschaft beschränkt sind. Im Widerspruch zur liberalen Vorstellung traten die sozialen Beziehungen über die Grenzen einer dichotomen Aufteilung zwischen Staat und Gesellschaft. Diesbezüglich weist die jüngste Vergangenheit Ekuadors auf die Notwendigkeit hin, die gesellschaftlichen Beziehungen neu zu bewerten und dabei auf weniger schematische Konzepte zurückzugreifen, wie etwa jenes des erweiterten Staates.

Hinter dem Rücktritt des Regierungministers (*ministro de gobierno*) Alfredo Castillo aufgrund der Mobilisierungen im Jahr 2006 steckte nicht nur dessen persönliche Unfähigkeit, die bestehenden Konflikte zu lösen, sondern vielmehr der Widerspruch zwischen einer unter Beschuss geratenen Herrschaftsstruktur und eines sich herausbildenden gegen-hegemonialen Projekts der progressiven Sektoren innerhalb der Zivilgesellschaft. Vor allem Letzteres ist der Grund, warum es trotz der Ausrufung des Ausnahmezustands, des Aufmarsches der Streitkräfte und der Verhaftung der AnführerInnen zur Weiterführung der Mobilisierungen kam. Auf der anderen Seite hatten die subalternen Sektoren der ekuadorianischen Gesellschaft auch ihre Stärke bei den Wahlgängen bewiesen. Schließlich waren aufgrund ihrer Stimmen zwei Personen an die Präsidentschaft gelangt, die sie allerdings

später bekämpfen sollten. So gibt es einige Hinweise, dass der Block Acuerdo País (AP) eine breite WählerInnenbasis mobilisieren konnte und zum Wahlsieg von Rafael Correa bei den Präsidentschaftswahlen im November 2006 führte. Correas Machtergreifung wurde offen von der CONAIE, der PK, dem MPD (Movimiento Popular Democrático), der PSE (Partido Socialista Ecuatoriano), der Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Libres Sindicales (CEOLS), der FENOCIN, der ECUARUNARI (Confederación de Pueblos de la Nacionalidad Kichwa del Ecuador), den Landarbeitergruppierungen (Juntas de Campesinado) und den Basisgemeinden der katholischen Kirche (Juntas Parroquiales) unterstützt.

Als gewählter Präsident griff Correa vier Ziele auf, die zentrale Forderungen aus den gegen-hegemonialen Kämpfen darstellten: (a) eine Schließung der US-amerikanischen Militärbasis von Manta, (b) die Ablehnung des Freihandelsvertrags mit den USA, (c) eine Beendigung der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und (d) die Weigerung, die kolumbianische Hauptstadt aufgrund der Drogenanbaubekämpfung mit dem Herbizid Glyphosat im Norden des Landes zu besuchen. Einmal im Amt, konzentrierte er sich auf die Transformation der ecuadorianischen Gesellschaft und auf die Notwendigkeit, die angestoßenen Veränderungen mit Hilfe (a) einer Verfassungsreform, (b) des Kampfes gegen die Korruption, (c) einer unabhängigen Wirtschaftspolitik, (d) einer völlig neuen Sozialpolitik und d) der Etablierung einer „Großen Südamerikanischen Nation“ (Gran Nación Sudamericana) auf regionaler Ebene zu institutionalisieren. Die Regierung unter Correa verkörpert einen qualitativen Sprung in Bezug auf die Etablierung eines demokratischen Projekts der popularen Kräfte. Allerdings ist die Grundlage dieses Projekts in Anbetracht der Präsenz gegnerischer Gruppierungen, die sowohl von außen durch internationale Organisationen und Länder wie die USA und im Inneren durch lokale Oligarchien und Bourgeoisien verkörpert werden, noch schwach ausgeprägt. Zudem erschwert die Heterogenität an Organisationen und Interessen, die in dem von Correa angeführten Projekt zusammenfließen, dessen Konsolidierung.

Es wäre somit noch zu früh, den Erfolg oder das Scheitern dieses gegen-hegemonialen Projekts vorauszusagen, das den Regierungsapparat übernommen und diesen sogar verändert hat. Wenn wir uns an die oberflächliche Erzählung der bisherigen Ereignisse halten, so scheint der vorläufige Erfolg dieses Projekts ein Ergebnis der Kämpfe in der zivilen und der poli-

tischen Gesellschaft. Es muss dennoch viele weitere Herausforderungen meistern, damit die Neugründung der Institutionen auf einen Staat hinausläuft, dessen innere Kräfteverhältnisse sich in der Vormachtstellung der popularen Kräfte widerspiegeln.

4. Fazit

Von 2007 bis heute hat sich die von Rafael Correa angeführte Regierung das popular-demokratische Projekt auf seine Fahnen geschrieben, das sie auf ihrem Weg an die Macht unterstützt hat. Dieses Demokratisierungsprojekt steht für einen laufenden Prozess, der die Interessen der subalternen Sektoren in den Vordergrund stellt. Diesbezüglich seien am Ende der vorliegenden Darstellungen noch einige Überlegungen dazu erlaubt, was dieses Projekt eigentlich für das Verständnis eines Staates bedeutet, in welchem Aktionen aus der Zivilgesellschaft zu ihrer eigenen Ermächtigung geführt haben. Stehen wir wirklich vor dem erfolgreichen Aufstieg eines gegenhegemonialen Projekts seitens der subalternen Gruppen? Welche Interessen und welche Sektoren verkörpert es? Was bedeutet das aus der Perspektive des erweiterten Staats? Im Laufe der hier vorgenommenen Darstellungen wurden beispielsweise die internen Widersprüche offenkundig, die die unterschiedlichen AkteurInnen der Subalternität Ekuadors voneinander trennen; es wurde zwar auf ihren heterogenen Charakter hingewiesen, aber nicht genauer auf dessen Konsequenzen bei der Ersetzung der existierenden hegemonialen Strukturen eingegangen.

Da dieser Prozess meines Erachtens in Ekuador gerade im Gange ist, ist es angebracht, einen Moment innezuhalten und den klassenübergreifenden Block der subalternen AkteurInnen ins Auge zu nehmen, der ihn anführt. Meines Erachtens verweisen die Konzepte der Subalternität und des Popularen auf ähnliche Bevölkerungsschichten, deren Projekte zusammengewachsen sind. Während die Subalternität von der Idee einer veränderbaren hegemonialen Machtstruktur ausgeht, bezieht sich die Idee des Volkes auf das von den Römern abstammende universelle Prinzip *Senatus et Populus*. Letzteres bestimmte soziale Trennungslinien (mit politischen Implikationen) auf der Grundlage der Abstammung und bezeichnet heute die Unterordnung der Mehrheitsinteressen unter eine Minderheit. Die eine

oder andere Dimension wäre einem national-popularen Programm untergeordnet, das in der Lage ist, die Differenzen und Bruchlinien einer zergliederten Gesellschaft (*sociedad abigarrada*) gemäß den Kriterien der proletarischen Zentralität zu artikulieren, um es mit den Worten von René Zavaleta Mercado (1986) auszudrücken. Das Konzept der zergliederten Gesellschaftsformation bezieht sich auf die Koexistenz von unterschiedlichen Produktionsweisen, Zeitlichkeiten und politischen Formen, verweist jedoch vor allem auf deren Desartikulation untereinander (Tapia 2002; siehe auch Pérez Ramírez/Ortega Reyna in dieser Ausgabe). Dies begründet seine Anwendbarkeit auf Ecuador und praktisch auf ganz Lateinamerika.

Die Frage ist nun aber, ob die Interessen des Proletariats diesen universellen Charakter des Popularen prägen, oder ob das Proletariat seinen Platz anderen AkteurInnen überlassen hat, die sich nicht allein nach dem Kriterium der sozialen Klasse definieren. Der Widerspruch Arbeit/Kapital stellt zwar eine zentrale Konfliktachse kapitalistischer Herrschaft dar, und die Herausforderung der beherrschten Klassen besteht darin, diese Situation zu überwinden. Dennoch bin ich mir nicht sicher, ob es diese Art der Transformation ist, die momentan in Ecuador stattfindet. Diesbezüglich erkenne ich auch keine zentrale Rolle des Proletariats inmitten der subalternen Gruppen, die im staatlichen Kontext neue Räume gewonnen haben. Auch wenn man davon ausgeht, dass sich das Proletariat nicht nur entlang ökonomischer Kriterien bestimmen lässt, müssten proletarische Kämpfe doch auf eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse hinarbeiten, um ihren Kern zu bewahren. Dies jedoch ist weder Teil der diskursiven Ebene noch der konkret in Angriff genommenen Aktionen der Volksbewegung. Die Möglichkeit, Allianzen aufzubauen und einen gemeinsamen Kampf einzugehen, beruhte eher auf einem breiten Spektrum an Identitäten, das sich teilweise aus der Heterogenität und dem Durcheinander (*abigarramiento*) der ekuadorianischen Gesellschaft erklärt, und in dem sich sowohl Klassenpositionen und Ethnien als auch gewerkschaftliche, sektorale und Geschlechteridentitäten überschneiden. Auf der Grundlage der sich daraus ergebenden Intersektionen erwuchs dieser durch Frakturen und interne Widersprüche gekennzeichnete heterogene Block mit dem Ziel, ein gegen-hegemoniales Projekt auszuarbeiten. Interessant ist, dass es die Rolle des indigenen Elements für sich noch nicht definiert hat, dieses aber trotzdem als ein zentraler Aspekt inkorporiert wurde.

Wie kann man dieses Projekt in Bezug auf die Idee des National-popularen einordnen? Meines Erachtens erfordern die vorhin erwähnten Ereignisse der jüngsten Vergangenheit Ekuadors einige Nuancierungen dieses Konzepts, das Zavaleta von Gramsci übernommen hat, um damit die bolivianische Gesellschaft zu interpretieren. So werden die Regierung Correas und die sie stützende soziale Basis gerade dafür kritisiert, eine soziale Transformation mithilfe der Erweiterung staatsbürgerschaftlicher Rechte voranzutreiben, anstatt eine Neuzusammensetzung des Nationalen und des Popularen gemäß eines nach dem Klassenbewusstsein ausgerichteten kollektiven Willens voranzutreiben. Die Rolle des indigenen Elements in diesem Kontext ist von großer Bedeutung (Soriano Hernández 2006, 2007); unklar bleibt allerdings, wie sich die Forderungen nach Plurinationalität und Multikulturalität und die bereits erlangten und noch zu erlangenden Rechte (inklusive der Verteilung der kollektiven Güter und des Territoriums selbst) mit dem Überleben eines Systems artikulieren, das in die entgegengesetzte Richtung zeigt.

Gemäß den bereits dargestellten Ereignissen glaube ich, dass es dieses Paradoxon ist, das das sich entwickelnde national-populare Projekt charakterisiert. Innerhalb des breiten Spektrums an Sektoren und Gruppen, auf das es sich stützt, finden sich verschiedene Vorschläge und Wege im Hinblick auf die Errichtung einer gerechteren Gesellschaft. Sich für die demokratische Revolution entschieden zu haben, bedeutet zumindest zu Beginn den Verzicht auf einen Kampf, der sich offen als anti-kapitalistisch versteht. Dies ist auf die Kräfteverhältnisse zurückzuführen, die im Inneren der subalternen Sektoren vorherrschen. Ob sich längerfristig das der Bewegung inhärente Klassenbewusstsein neu positioniert, oder ob die Demokratisierungsprozesse selbst in Widerspruch zu den kapitalistischen Strukturen des Landes treten, wird sich zeigen müssen. Im Moment belasse ich es bei diesen Überlegungen und weise auf den innovativen Charakter der sozialen und politischen Mobilisierungen hin, die die jüngste Vergangenheit Ekuadors hervorgebracht hat.

*Aus dem Spanischen von Dana de la Fontaine und
Melanie Hernandez Sanchez*

¹ Ich danke Gabriela Melo Martínez für ihre wertvolle Unterstützung bei der Recherche, die den hier angestellten Überlegungen vorausging. Außerdem bedanke ich mich bei Ana Buriano für die gründliche Lektüre meines ersten Arbeitsentwurfes.

Literatur

- AF/AP/REUTERS (2001): Noboa e indígenas firman acuerdo que pone fin a 10 días de levantamiento. In: La Jornada, 8.2.2001. <http://www.jornada.unam.mx/2001/02/08/024nimun.html>, 17.7.2009.
- AFP (2004): Movilización en Ecuador contra el ALCA y la privatización del sector energético. In: La Jornada, 17.2.2004. <http://www.jornada.unam.mx/2004/02/17/029nimun.php?printver=1&fly=2>, 17.7.2009.
- Andrade, Pablo (2006): Democracia liberal e inestabilidad política en Ecuador. In: Oasis II, 167-189. <http://redalyc.uaemex.mx/redalyc/pdf/531/5310111.pdf>, 11.11.2009.
- americaeconomica (2003a): Tras una semana de mandato Gutiérrez se enfrenta a las primeras manifestaciones sociales en Ecuador. In: www.americaeconomica.com, 23.1.2003. <http://www.americaeconomica.com/numeros3/196/noticias/mrecuaprotegasolimi.htm>, 18.8.2009.
- americaeconomica (2003b): Lucio Gutiérrez militariza las instalaciones de Petroecuador. In: www.americaeconomica.com, 13.6.2003. <http://www.americaeconomica.com/numeros4/216/noticias/chpetroecuadorju.htm>, 18.8.2009.
- Analítica (2005): Ecuador: manifestaciones en Guayaquil. In: Analítica, 27.1.2005. <http://www.analitica.com/va/sintesis/internacionales/3755161.asp>, 19.8.2009.
- ANSA (2000): Dolariza Jamil Mahuad la economía de Ecuador. In: El Universal, 10.1.2000. http://www2.eluniversal.com.mx/pls/impreso/version_imprimir.html?id_nota=12321&tabla=nacion, 17.7.2009.
- Badie, Bertrand/Birnbaum, Pierre (1983): *The Sociology of the State*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bagú, Sergio (1981): *Tiempo, realidad social y conocimiento*. México, D.F.: Siglo XXI.
- BBC Mundo (2003): Militarizan Petroecuador. In: BBC Mundo, 11.6.2003. http://news.bbc.co.uk/hi/spanish/latin_america/newsid_2983000/2983140.stm, 18.8.2009.
- BBC Mundo (2005): Ecuador: renuncia ministro de Economía. In: BBC Mundo, 5.8.2005. http://news.bbc.co.uk/hi/spanish/latin_america/newsid_4747000/4747551.stm, 21.8.2009.
- Beetham, David (1991): *The Legitimation of Power*. London: McMillan.
- Bermejillo, Eugenio (1998): Una década de levantamientos. Entrevista con Lourdes Tibán. In: La Jornada, 10.11.1998. <http://www.jornada.unam.mx/1998/11/10/oja-decada.html>, 15.8.2009.

- Biffi, Pablo (1999): Masivo apoyo en Ecuador a las protestas contra el gobierno: In: El Clarín, 12.3.1999. <http://www.clarin.com/diario/1999/03/12/i-03201d.htm>, 8.8.2009.
- Braudel, Fernando (1982): La historia y las ciencias sociales. Madrid: Alianza. [Dt.: Braudel, Fernand (1984): Geschichte und Sozialwissenschaften. Die 'longue durée'. In: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Geschichte und Soziologie. Königstein: Taurus, 189-215].
- Carrillo, Ricardo (2003): Movimientos sociales y hegemonía. In: Aportes Andinos 6. <http://www.uasb.edu.ec/padh/centro/pdfs6/Ricardo%20Carrillo.pdf>, 11.11.2009.
- Castro, Claudia (2005): Lucio Gutiérrez había mentido demasiado: analista. In: El Universal, 20.4.2005. http://www2.eluniversal.com.mx/pls/impreso/noticia.html?id_nota=279189&tabla=notas, 21.8.2009.
- Córdova, Arnaldo (1984): Sociedad y Estado en el mundo moderno. México, D.F.: Grijalbo.
- Dagnino, Evelina/Olvera, Alberto J./Panfichi, Aldo (Hg., 2006): La disputa por la construcción democrática en América Latina. México, D.F.: Fondo de Cultura Económica/CIESAS/Universidad Veracruzana.
- Dávalos, Pablo (2000): La CONAIE: ¿Actor social? ¿Sujeto político?. In: Boletín del Instituto Científico de Culturas Indígenas ARY-RIMAY 2 (18). <http://icci.nativeweb.org/boletin/18/davalos.html>, 11.11.2009.
- Dávalos, Pablo (Hg., 2001): Yuyarinakuy: „digamos lo que somos, antes que otros nos den diciendo lo que no somos“. Una minga de ideas. Quito, Ecuador: Ediciones Abya-Yala/Instituto Científico de Culturas Indígenas.
- Dutrénit Bielous, Silvia (2007): Historiando un pasado traumático: entre la seducción de la memoria y el hallazgo de fuentes. In: de Garay, Graciela (Hg.): Para pensar el tiempo presente: aproximaciones teórico-metodológicas y experiencias empíricas. México, D.F.: Instituto Mora, 113-125.
- Ecuadorinmediato (2005a): Finaliza marcha por la Democracia en Quito. In: Ecuadorinmediato.com, 16.2.2005. http://www.ecuadorinmediato.com/Noticias/news_user_view/ecuadorinmediato_noticias--9239, 19.8.2009.
- Ecuadorinmediato (2005b): Ecuador enfrenta paro médico por 48 horas. In: Ecuadorinmediato.com, 14.9.2005. http://www.ecuadorinmediato.com/Noticias/news_user_view/ecuadorinmediato_noticias--20534, 8.8.2009.
- EFE/AFP/DPA/ANSA (2005): Protestas en Ecuador por la caída del ministro de Economía, 6.8.2005. <http://www.clarin.com/diario/2005/08/06/elmundo/i-04701.htm>, 21.8.2009.
- El Porvenir (2005): Enciende alarmas en Ecuador renuncia de ministro de economía. In: El Porvenir, 6.8.2005. http://www.elporvenir.com.mx/notas.asp?nota_id=21652, 17.7.2009.
- El Universal (2005a): Quito tranquilo tras decreto de emergencia. In: El Universal, 16.4.2005. http://internacional.eluniversal.com/2005/04/16/int_ava_16A552083.shtml, 22.8.2009.

- El Universal (2005b): Fuerzas armadas de Ecuador retiran apoyo a Lucio Gutiérrez. In: El Universal, 20.4.2005. http://tiempolibre.eluniversal.com/2005/04/20/int_ava_20A55304I.shtml, 17.7.2009.
- El Universal (2005c): FIDH denuncia „represión violenta“ de manifestaciones en Ecuador. In: El Universal, 18.11.2005. http://caracas.eluniversal.com/2005/11/18/int_ava_18A633623.shtml, 21.8.2009.
- Espinosa, Javier (1997): La presidenta de Ecuador dimite y acusa al Congreso de „machista“. In: El Mundo, 12.2.1997. <http://www.elmundo.es/papel/hemeroteca/1997/02/12/mundo/224714.html>, 19.8.2009.
- Favela, Margarita/Guillén, Diana (2009): Lucha social y derechos ciudadanos en América Latina. In: Favela, Margarita/Guillén, Diana (Hg.): América Latina: los derechos y las prácticas ciudadanos a la luz de los movimientos populares. Buenos Aires: CLACSO, 21-49.
- Fraser, Nancy (1999): Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy. In: Calhoun, Craig (Hg.): Habermas and the Public Sphere. Cambridge: MIT Press, 109-142.
- Gramsci, Antonio (1981): Cuadernos de la cárcel. Bd. 1. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: Gefängnishefte, 10 Bände. Hamburg: Argument, 1991ff].
- Gramsci, Antonio (1984): Cuadernos de la cárcel. Bd. 3. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: Gefängnishefte, 10 Bände. Hamburg: Argument, 1991ff].
- Hall, Gillette/Patrinós, Harry A. (Hg., 2006) Indigenous Peoples, Poverty and Human Development in Latin America: 1994–2004. London: Palgrave Macmillan.
- Haug, Wolfgang Fritz (2003): ¿Sociedad civil o sociedad burguesa? Ambivalencia o dialéctica de un concepto clave. <http://www.wolfgangfritzhaug.inkrit.de/texte/sociedad%20civil%20o%20sociedad%20burguesa.pdf>, 11.11.2009.
- Hernández Garibay, Jesús (2001): Los indígenas, el eje. In: Siempre, 14.02.2001. http://www.accessmylibrary.com/coms2/summary_0286-32226960_ITM, 17.7.2009.
- Hesles, José Carlos (1998): Mercurio o el político: sobre la naturaleza de los intermediarios y su contribución al orden político. In: Guillén, Diana (Hg.): Mediaciones y Política. México, D.F.: Instituto Mora, 9-47.
- Inchalá (2001): Texto completo del acuerdo entre el Gobierno de Ecuador y las Organizaciones indígenas campesinas y sociales. In: Inchalá 104, 19.2.2001. http://members.tripod.com/inchala_online/bol/104_0201.htm, 21.8.2009.
- Instituto Nacional de Estadísticas y Censos (1999): Encuesta de Condiciones de Vida. Ecuador: INEC-Ecuador. <http://www.eclac.cl/deype/mecovi/docs/TALLER3/8.pdf>, 7.8.2009.
- Laclau, Ernesto (2000): Identity and Hegemony: the role of Universality in the constitution of Political Logics. In: Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Zizek, Slavoj (Hg.): Contingency, Hegemony and Universality. London: Verso, 44-90.

- Laclau, Ernesto (2001): Democracy and the Question of Power. In: Constellations 1 (8). <http://www.unc.edu/courses/2005fall/geog/160/001/GEC%2705/laclau.pdf>, 11.11.2009.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2004): Hegemonía y estrategia socialista. Hacia una radicalización de la democracia. Buenos Aires: Fondo de Cultura Económica.
- La Jornada (2000): Dos poderes en Ecuador. In: La Jornada, 22.1.2000. <http://www.jornada.unam.mx/2000/01/22/edito.html>, 17.7.2009.
- León Galarza, Natalia Catalina (2009): Ecuador. La cara oculta de la crisis. Ideología, identidades políticas y protesta en el fin de siglo. Buenos Aires: CLACSO.
- López, Edison (2005): Oposición ecuatoriana sale fortalecida de la marcha. In: El Universal, 18.2.2005. http://deportes.eluniversal.com/2005/02/18/int_art_18148A.shtml, 21.8.2009.
- Mosquera, César (2000): Abajo las leyes de modernización. In: El Tiempo, 7.12.2000. <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-1209752#>, 21.8.2009.
- OSAL (2000): Cronología del conflicto social. Ecuador, enero-abril 2000. <http://www.clacso.org.ar/clacso/areas-de-trabajo/area-academica/osal/produccion-academica/cronologias/ecuador/2000/cronologia-ecuador-enero-abril-2000/view>, 23.11.2009.
- OSAL (2001): Cronología del conflicto social. Ecuador, enero-diciembre 2001. <http://www.clacso.org.ar/clacso/areas-de-trabajo/area-academica/osal/produccion-academica/cronologias/ecuador/2001/cronologia-ecuador-enero-diciembre-2001/view>, 23.11.2009.
- REUTERS (2001): Detienen a líder indígena. In: La República, 31.1.2001. <http://www.larepublica.com.uy/mundo/34786-detienen-a-lider-indigena>, 17.7.2009.
- Pimmer, Stefan (2010): La transformación del Estado en América Latina. Análisis del concepto de la internacionalización del Estado. Tesis de maestría para optar al grado de maestro en Estudios Latinoamericanos. México, D.F.: UNAM.
- Santos, Boaventura de Sousa (2001): Los nuevos movimientos sociales. In: Observatorio Social de América Latina 5. <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/osal/osal5/debates.pdf>, 11.11.2009.
- Soriano Hernández, Silvia (2006): Identidad-Alteridad en el movimiento indígena ecuatoriano. In: América Latina: las caras de la diversidad. México, D.F.: Centro Coordinador y Difusor de Estudios Latinoamericanos, 87-99.
- Soriano Hernández, Silvia (2007): Representaciones de la movilización social en Ecuador. In: América Latina: convergencias y divergencias. México, D.F.: Centro de Investigaciones sobre América Latina y el Caribe, 331-341.
- Steinsleger, José (2000): Cronología de los sucesos en Ecuador. In: La Jornada, 22.1.2001. <http://www.jornada.unam.mx/2001/01/22/023nimun.html>, 20.8.2009.
- Tapia, Luis (2002): La producción del conocimiento local. La Paz: Muela del Diablo.
- Vinueza, Ramiro (2006): Movilizaciones en todo el Ecuador contra la Oxy y el TLC. In: Rebelión, 17.1.2006. <http://www.rebelion.org/noticia.php?id=25644>, 21.8.2009.

- Weber, Max (1984): *Economía y Sociedad*. México, D.F.: Fondo de Cultura Económica. [Dt.: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr 1922].
- Zamitz Gamboa, Héctor (1999): *Origen y Desarrollo de la Ciencia Política: Temas y Problemas*. In: *Convergencia* 6 (20). <http://redalyc.uaemex.mx/redalyc/src/inicio/ArtPdfRed.jsp?iCve=10502003>, II.II.2009.
- Zavaleta Mercado, René (1986): *Lo nacional-popular en Bolivia*. México, D.F.: Siglo XXI.

Abstracts

Ausgehend von einigen allgemeinen Überlegungen zu den lateinamerikanischen Transformationsprozessen an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert nimmt sich der vorliegende Beitrag zum Ziel, die jüngste Vergangenheit Ekuadors nachzuzeichnen. Dies geschieht im Rahmen einer Lektüre Gramscis, dessen Überlegungen auf die Realität der ekuadorianischen Gesellschaft übertragen werden. Die sozialen und politischen Prozesse bis zum Regierungsantritt von Rafael Correa, so die These, lassen auf die Entstehung eines gegen-hegemonialen Projekts schließen, das von den heterogenen subalternen Gesellschaftssektoren des Landes vorangetrieben wird.

Starting with some general reflections on political processes and the transition from the 20th to the 21st century in Latin America, this article aims at tracing recent history in Ecuador until the accession to power of Rafael Correa in 2007. Important social and political events are analysed from a Gramscian perspective, stressing in particular his central concepts of hegemony and the extended state. According to the author, the processes which led to the taking of power of Rafael Correa clearly show the outlines of a counter-hegemonic project which is driven by a conjunction of heterogeneous subaltern forces.

Diana Guillén
Instituto Mora
Politikwissenschaftliche Fakultät der
Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM)
dianis@servidor.unam.mx